

Sarzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Bezugspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Einzelhefte 10 Pfennig und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen in der Geschäftsstelle, von unterm Postamt entgegenzunehmen. Redaktion: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Inhalt: Verlagsdirektor Arthur Wolfenbutter, für den Äußerigen: Richard Matthews, für Wernigerode u. Umkreis: Karl Trefft, samtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonnenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 16 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Bekanntgabe 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Aufgebund ist bei der Zahlung vorzulegen. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postfach 4026 Wernigerode 4026 und Volkshausleitung (Eingangs) Wernigerode, Burgstraße 3.

Nr. 2.

Dienstag, 3. Januar 1928.

3. Jahrgang.

Deutschlands Schuld am Weltkriege. Das Bürgerblockjahr 1927

Auch in Frankreich beginnt man die Dinge objektiver zu betrachten.

Paris, 2. Januar. (Eig. Draht). Wägen als in den anderen Ententeländern hat sich in Frankreich die durch den Artikel 23 des Versailler Vertrages geschaffene Legende von der Unschuld Deutschlands am Kriege zu halten vermocht. Die Verluste einiger der linken angehörender Politiker und Publizisten, die historische Wahrheit zu ermitteln und von dem deutschen Volke den moralischen Druck eines ungerechten Urteils zu nehmen, sind lange Zeit ergebnislos geblieben, weil die offizielle französische Geschichtsschreibung bisher glaubte, an der Versailler Ebene festhalten zu müssen. Hier scheint sich nunmehr endlich ein Wandel vorzubereiten. Die „Europe Nouvelle“ veröffentlicht am Sonntagabend eine Sondernummer, in der der französische Historiker Professor Bernheim von der Universität Straßburg es unternimmt, an der Hand des von der deutschen Regierung veröffentlichten diplomatischen Aktenmaterials die Vorgeschichte des Krieges ohne Haß und Parteilichkeit zu studieren. Seine Arbeit stellt erst zu einem Teil vor. Das Ergebnis ist ebenso bemerkenswert wie das Wortwort, das der ehemalige französische Vorkämpfer in Berlin Jules Cambon dazu geschrieben hat.

Von einem Diplomaten und einem Historiker, deren Kompetenz und Autorität auch von den nationalistischsten französischen Kreisen nicht bestritten werden kann, wird hier zum ersten Mal die Behauptung, daß Deutschland den Krieg gewollt und daß es letztendlich darauf hingearbeitet habe, gemacht. Die Methode geistige An ihre Stelle tritt der mit wissenschaftlicher Methode geübte Nachweis, daß es in erster Linie die Fehler und Missgriffe der Diplomaten der beiden Zentralmächte gewesen sind, die die schwere internationale Verantwortung ver schuldet haben, die zwangsläufig zum Kriege führen mußte. Cambon geht darin soweit, zu erklären, daß die Hauptschuld weniger in Berlin als in Wien zu suchen sei, wo man mit den Alliierten Bosnien die Saat gelegt habe, die im Weltkriege blutig aufgegangen sei. Deutschlands größter Fehler sei es gewesen, daß es in bit-

der Verkennung seiner Bündnispflicht Österreichs Bündnispartner vor sich geschoben habe. 1908 sei es der Wiener und der Berliner Diplomatie gelungen, ihren Willen den europäischen Kabinetten aufzuzwingen, und daraus hätte man im Juli 1914 den verhängnisvollen Schluß gezogen, daß dieses gefährliche Spiel ein zweites Mal gelingen werde.

Bernheim vermahnt sich dagegen, schon heute ein definitives Urteil über die Verantwortlichkeit der beiden Zentralmächte sprechen zu wollen. Der Zweck seiner Arbeit sei lediglich, die Irrtümer und Fehler der deutschen Diplomatie, die den Krieg verschuldet hätten, aufzuzeigen. Er erkennt in seinen Schlussfolgerungen rückwärtslos an, daß in Deutschland selbst ständig Kräfte, darunter vor allem die diplomatischen Vertreter in London, Paris und Petersburg, gegen den Krieg gearbeitet hätten, mit ihren Bemühungen allerdings nicht durchgegriffen worden seien, da die beiden Kaiser Willen und Bestimmung sich dem Kaiser und dem Zaren der Ministerpräsident gegenüber als zu schwach erwiesen hätten. Um die wahren Ursachen zu ergründen, müsse man in der Geschichtsschreibung noch viel weiter zurückgehen, denn diese lägen zweifellos im dem System der Bismarckschen Diplomatie.

Hier bricht die Arbeit ab, die in einer der nächsten Nummern der Zeitschrift fortgesetzt werden soll. Wenn man auch auf deutscher Seite den Feststellungen Bernheims vielleicht nicht in allen Punkten zu folgen vermag, so liegt doch hier das bemerkenswerte Ergebnis vor, daß von der französischen Forschung zum ersten Mal nicht mehr das deutsche Volk als solches angeklagt, sondern die auch in Deutschland nie gelungenen Unzulänglichkeiten und verhängnisvollen Fehler der deutschen und österreichischen Diplomatie für den Ausbruch des Krieges verantwortlich gemacht werden, ein Fortschritt, der für das neue Jahr erstrebenswerte Perspektiven eröffnet.

ist so zu Ende gegangen, wie es begonnen hatte: mit innerem Gehät und Stolz unter den Regierungsparteien und im Reichskabinett. Der neue Konflikt hat seinen Ursprung in der Aufschlagsunterbrechung zwischen Brand und Stresemann in dem am 11. Dezember. Schon im September hatte Brand dem deutschen Außenminister zu verstehen gegeben, daß von einer Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Räumung des Rheinlandes, über das Sauergebiet usw. vor den Feuilletons in Frankreich und Deutschland keine Rede sein könnte. Regierungen, die stehende Parlamente vertreten, hätten nicht die genügende Autorität, um weittragende außenpolitische Abmachungen zu treffen. Stresemann hatte sich mit diesem an sich begründeten Sauerputz Brandts abfinden müssen, zumal er dessen wirklichen Sinn durchaus begriff. Erst mußten die Deutschnationalen aus der Regierung verschwinden, dann würde die Bahn für die deutsch-französische Verständigung frei werden. Bei der neuen Aussprache zwischen Brand und Stresemann im Dezember kam der Wille zur möglichst baldigen Wiederaufnahme der Verhandlungen von Brand beiderseits zum Ausdruck. Aber die Vorbereitung lief natürlich dieselbe: neue Parlamente, neue Wahlen.

Darum hat nun Stresemann in der letzten Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am 20. Dezember durchaus eindeutige Anspielungen gemacht. Man mußte aus seinem Bericht den Eindruck gewinnen, daß eine zwar nicht formelle, jedoch fließschwellige Verhandlung zwischen den beiden Außenministern vorlag, die Wahlen in beiden Ländern möglichst gleichzeitig stattfinden zu lassen, um dann so schnell wie möglich über die Räumung zu verhandeln. Kaum hatte Weizsäcker aus dem Munde Stresemanns diese Ansicht vernommen, daß es sich vorer die deutschnationalen Minister, das Hauptziel solcher Verhandlungen von den deutschnationalen Staatsrätern abzumenden. Die deutschnationalen Kabinettsmitglieder taten sehr erlaut und versicherten wohlweislich, daß ein Kabinettsbeschluss über eine Räumungsabmachung im Frühjahr nicht vorliege. Man lies, wie in solchen kritischen Fällen üblich, zu Hindenburg, dem „Ketter“ in der deutschnationalen Art, man drückte auf Marx, man bearbeitete Schulz und man ließ die deutschnationalen Presseleute los, die im Chor erklärten, es wäre unwürdig, die deutschen Wahlen zeitlich von den französischen Wahlen abhängig zu machen. Marx rebete sich darauf hinaus, zunächst müßte das Kabinett seiner Ehe mit Stresemann, das Reichsgesetzlich, aus der Zeit geschlossen werden. Schulz, der die Gegenwart mit Fremden auftritt, Stresemann in Vertretung zu bringen, erklärte, er lebe nicht ein, worum der Reichstag nicht bis zum nächsten Dezember weiter leben sollte.

Jetzt weiß Stresemann weder aus noch ein: er möchte zwar die Realisation eines natürlichen Todes im Frühjahr sterben lassen, will sie aber auch nicht voreilig prägen. Andererseits will er sich auch nicht vor Brand blamieren und sich dem Wortwurf aussetzen, er habe es nicht einmal durchsehen können, daß die Räumungsverhandlungen bereits im Mai oder Juni begämen. Mit dieser neuen Sorge torst man Stresemann ins neue Jahr hinein. Die Sozialdemokraten können der weiteren Entfaltung mit Genossenschaft entgegensehen. Ob die Wahlen im Frühjahr oder Dezember stattfinden, ihr Ausgang ist uns nicht zweifelhaft. Wir brauchen nur die frampheile Verzeihung zu beobachten, mit der die Deutschnationalen das Tag der Abrechnung hinauszuwischen versuchen. Aber die Anwesenheit hat aus erste Stelle. Es beweist, daß den Deutschnationalen das Schicksal des Rheinlandes ganz gleichgültig ist. Lieber soll die fremde Besetzung 3/4 Jahr länger fortbauern, als daß sie auf einen Tag an der Regierungstripp verdrängt möchten.

Neujahrsempfang beim Reichspräsidenten.

Reichspräsident von Hindenburg empfing am Neujahrstag um 12 Uhr mittels der Geßler der fremden diplomatischen Vertretungen, denen im Ehrenhof des Reichspräsidenten von einer Abteilung Reichswehr die üblichen militärischen Ehrenbezeugungen erwiesen wurden.

Die Glanzwürde des diplomatischen Korps brachte der Apostolische Nuntius Monsignore Pacelli zum Ausdruck, der zu Beginn seiner Ansprache mit Genehmigung hervorhob, daß das abgelaufene Jahr trotz aller Schwierigkeiten neue Fortschritte auf dem Wege der Weltfriede gebracht habe. „Wägen“, so führte weiter der Nuntius aus, die unglücklichen Ereignisse der Zeit sind überall von einem klaren Erkennen und einer gerechten und friedlichen Lösung der großen sozialen Fragen, die sich aus den wirtschaftlichen Umwälzungen der letzten Zeiten ergeben, begleitet sein. Möge das gemaltige Wiederaufleben des menschlichen Fortschrittes von dem erhöhten Lichte der Wahrheit empfangen und getragen werden von einem geistigen und sittlichen Emporstreben der Seelen, von dem Gefühl der Gerechtigkeit und Liebe; denn dieses ist das Band der Einigkeit, aus der Wohlstand und Ordnung fließen.“

Der Reichspräsident erwiderte, indem er die Hoffnung ausdrückte, daß die harten Prüfungen der Vergangenheit und die wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Höhe der Gegenwart in den Wägen, von denen jedes einzelne im Zusammenhang der Menschheit keine wägen und unerschütterlichen Aufgaben zu erfüllen hat, den Wägen zur Zusammenarbeit und das Verständnis für die Lebensnotwendigkeiten jedes einzelnen Volkes vertiefen und vertiefen werden.“ So sehr das deutsche Volk noch von eigenen Sorgen bestrahlt ist, die es wieder vorgehen noch ausdrücken kann, wird es sich doch an allen Bemühungen

Geßlers Geheimnisse.

In der neuesten Stimme der demokratischen „Stimme“ wird zum Reichswahlgesetz u. a. geschrieben:

„Am neuen Haushalt der Reichswehr gibt es Unbegreiflichkeiten genug. Die Heeresleitung von heute zählt 982 Köpfe, während das preussische Kriegsministerium 1914 nur 619 Personen stark war. Heute kostet die Antenneinheit 5 1/2 Millionen, während sie 1912 nur 4 1/2 Millionen kostete. Die Instandhaltung der paar Geschütze kostet heute 5 1/2 Millionen, während 1912 der unendlich viel größere Artilleriepark nur 2 1/2 Millionen Instandhaltungsarbeiten verlangte. Drei Millionen geben wir für Instandhaltung des Geschützgerätes aus. ... Das sind Ziffern, die zu Zweifeln zwingen. Alles, was zur wirklichen Förderung der vorgehenden Wehrmacht dient, soll zugunsten werden. Aber der Verdacht, daß sich hinter solchen Ziffern Geheimnisse verborgen, liegt zu nahe, als daß man nicht davon beeinflusst wird.“

Auch der Berliner „Montag Morgen“ weist von einem neuen Geßler-Geheimnis aus Wägen zu berichten. Danach unterhält dieser dort ein Korrespondenzbüro, das bisher Unklarheiten verwicklungen haben soll, von denen man nicht weiß, ob sie von Dr. Geßler priot gegeben sind oder etwa auch aus Staatsmitteln. Es handelt sich um den „Süddeutschen Zeitungsdienst“, der insbesondere während der Wählung der Kandidaten zur Reichspräsidentenwahl Geßler in Bayern gute Dienste geleistet haben soll. Der Reichswahlminister wird nicht umhin können, auf diese Dinge einzugehen und der Öffentlichkeit deren Wesen einzulichten.

Die Welt-Schiedsgerichtsbarkeit

Französisch-amerikanische Verhandlungen.

Paris, 2. Januar. (Eig. Funkt.). Wie nachdrücklich zu der Unterbrechung zwischen Brand und dem amerikanischen Geschichtsstreger in Paris bekannt wird, hätte früher dabei eine Note des Staatssekretärs Kellog überreicht, worin die amerikanische Regierung ihre Gegenwärtigkeit zu der Verhandlungen zum Abschluss eines Paktes zur Geschlichterklärung des Krieges formuliert. Bei dieser Gelegenheit erklärte man auch, daß neben diesem Pakt ein Schiedsgerichtsrat abgeschlossen werden soll, der allerdings nicht in Geltung tritt, sobald Fragen der inneren Souveränität der beteiligten Staaten berührt werden oder Fragen, die dem Völkerrecht oder dritte Mächte ins Spiel bringen. Außerdem müßten die beteiligten Staaten, daß sowohl der Schiedsgerichtsrat wie der Konfliktvertrag allen anderen Mächten zum baldigen Beitritt offenstehen soll.

Parker Gilberts DrakelSpruch.

Wie Associated Press aus Washington meldet, gab Parker Gilbert dort abermals seine Lieberzeugung Ausdruck, daß eine wirkliche Lösung der Reparationsfrage erst eintreten könne, wenn man sich über einen festen Vertrag geeinigt habe. Er erklärte, über die Höhe dieses Betrages müßten die Finanzminister entscheiden, keine es aber ab, eine Erklärung darüber abzugeben, wann nach seiner Ansicht dieser Schritt erfolgen müßte.

Die Berliner Erwerbslosigkeit.

In der letzten Woche 14 000 Arbeitslose mehr.

In der abgelaufenen Berichtswache hat sich die Arbeitslosigkeit in Berlin um 14 000 Köpfe auf über 192 000 Personen gesteigert. Die Hauptschuld daran trägt natürlich die Verschlechterung der Witterungslage. Außenarbeiten sind so gut wie unmöglich. Wichtige Arbeitsplätze sind an der Gesamtbevölkerung mit einem Fünftel befristet. Auch die Maschinenindustrie ist an der Steigerung der Arbeitslosigkeit beteiligt und zwar mit 1300 Personen. Unterführung bezogen 158 000 Personen. Bei Fortfallsarbeiten wurden rund 1000 Personen beschäftigt.

Die übliche Geße der Opposition.

Dresden, 2. Januar. (Eig. Draht). Die von der Deutschnationalen Volkspartei und dem Kampfbund in der Dänischer Senat gestellten 3 parlamentarischen Senatoren haben infolge Meinungsverschiedenheiten über personelle Angelegenheiten ihren Rücktritt erklärt. Der Rücktritt ist nichts anderes als eine nichtigende Geße; denn im Januar ist der Rücktritt des gesamten Senats infolge des Ausfalls der Dänischer Wägen sowie fällig. Abgesehen davon ist der gegenwärtige Senat trotz Austritts der deutschnationalen Senatoren beschlußfähig.

Englisches Del auf Island.

Island als englischer Stützpunkt?

Islands Lage zwischen dem europäischen und dem amerikanischen Festland kann unter Umständen von ausfallgebender militärischer Bedeutung werden. Die Rolle, die früher den Inselnationen für die Seemächte zuzum, spielen heute Petrolumlager. Es verdient deshalb besondere Beachtung, daß englische Petroleumgesellschaften hier einen Stützpunkt größten Ausmaßes geschaffen haben.

Die Shell Co. und die British Oil Co. haben hier mächtige Tanks und einen Anlegeplatz für Hochseefische (am Stereojordur) errichtet. Die Tanks selbst insgesamt 18 000 Tonnen. Daß diese Menge nicht für Island allein bestimmt ist, geht aus dem Jahresverbrauche der Insel an Petroleum hervor, der mit höchstens 8000 Tonnen angegeben wird. Selbst wenn man eine starke Vermehrung der islandischen Fisch- und Handelsabnahmeproduktion in den nächsten zehn Jahren annimmt, so wird dieser Verbrauch immer noch nicht gegen die angeführte Menge reichen. Auch Zentrifugendampfen ist gleichfalls hervorzuheben zu rechnen, da diese ihren Vorrat mibringen. Ueber dies sind die islandischen Kapitalverhältnisse gegenüber demart gefunden, daß von einem Ausbau der eigenen Flotte oder Industrie nicht die Rede sein kann.

Islands Bevölkerung zählt kaum 100 000 Seelen. Eine ernsthaft politische Wägenbedeutung besitzt sie nicht. Der Zusammenhang mit Dänemark beschränkt sich heute noch auf eine lose Personalunion. Unvorgesehn hat hier die Weltkriegsjahre, da als englischer Offizier hier der Wägenabkommilfar Cable befürwortete. Die Engländer haben damals alles genommen, was sie beruhen konnten, und die Bevölkerung ist heute enttäuscht. Auch die Breite wurden von der Bevölkerung freigegeben. Begründlich daher die Sorge, mit der hier der Ausbau der englischen Petroleumstation beobachtet wird.

um einen echten Frieden entschlossen und aufrechtstehend in der Erwartung, daß die Erreichung jenes Menschheitsideals der Gerechtigkeit in den Beziehungen der Völker untereinander am besten gefördert wird.

Nachdem der Reichspräsident die einzelnen Chefs der diplomatischen Missionen begrüßt und beglückwünscht hatte, begann der Empfang der Minister.

In deren Namen Reichsminister Marx das Wort ergriß. Auch Marx wies darauf hin, daß Deutschland auf das letzte Jahr mit Befriedigung zurückblicken könne, obwohl eine besondere Ereignis die Lage des Reiches entscheidend geändert hätten. Schwere Aufgaben sind auch im kommenden Jahre zu lösen. Eine Fülle dringender Probleme, die sich aus der historischen Kollisionslage des Deutschen Reiches ergeben, müssen ihrer Lösung entgegengeführt werden.

In seiner Antwort führte der Reichspräsident aus: „Das Jahr 1928 wird im Frieden der Wahlen stehen. Mein dringender Wunsch an diesem Neujahrstage an alle Deutschen, besonders aber an die führenden Männer im Parteienleben, in der Presse und in den Volksvertretungen, ist der, daß die Wahlvorbereitung nicht zu persönlicher Bekämpfung und Verhetzung ausarten möge. Auch im Wahlkampf soll der Gedanke an das Vaterland und die Gemeinschaft des deutschen Volkes vor dem Streben nach parteipolitischen Vorteilen stehen!“

Später empfing Hindenburg noch die Vertreter der Reichslages und der preussischen und bayerischen Regierung, der Wehrmacht, der Reichsbeamten und der Reichsämter.

Neujahrserlasse.

Der Reichspräsident, der Reichswehrminister, der Chef der Heeresleitung, General Hege, und der Chef der Marineleitung, Admiral Zentgraf, haben an die ihnen unterstellten Truppenteile für sich Neujahrserlasse ergelassen. Der erste Erlass ist jedoch mehr als der andere nur Anerkennung. Insbesondere Heiser scheint von seinen Leistungen im Jahre 1927 besonders befriedigt. Die kommende Etatsberatung wird Gelegenheit geben, über diese „Leistungen“ zu urteilen.

Partei und Gemeindepolitik im Bezirk.

Von Siegmund Grummenerl.

Bis zum Jahresende im Jahre 1918 wurden die Arbeiter durch ein verändertes Wahlrecht und eine Staatsaufhebung, die den bestehenden Verhältnissen nicht entsprach, in der Kommunalverwaltung ausgeschlossen. Es ist bekannt, daß in Preußen bis zum Kriegsausbruch kein städtischer Ratmann sich offen zur Sozialdemokratie bekennen durfte, unbesoldete, gefehrigere denn besoldete sozialdemokratische Magistratsmitglieder durften das städtische Regime nicht, selbst jene sozialdemokratischen Schuldeputationsmitglieder. Von geringen Ausnahmen abgesehen, reichte der Einfluß der Arbeiter kaum über die dritte Abteilung des Stadtbürgermeisterkollegiums hinaus, im Kreisrat und Provinziallandtag lag die städtische Verwaltung des Mittelalters, die eigentlichen Vertreter von Stadt und Hofm gab es hier unter Ausschluß eines breiten Dienstleistungs- und Arbeiterstandes.

In Deutschlands Gemeindefunktionen herrschte bis zum Umsturz ein bürgerlich-bourgeois Interessententum, eine Gewerkschaftlichkeit ohne jeden großen Gesichtspunkt. Man führte die Kaufleute und sorgte meist recht und schlecht für ein gutes Gehaltsleben. Die sozialdemokratische Kritik griff die Interessententum, sie politisierte sehr zum Vorteil der Arbeiter — und zum Schaden der aufgeschobenen, gefährlichen und fehlenden Gewerkschaften — die Gemeindefunktion. Ihre Vorläufer, anfangs verachtet und verspottet, fanden nach und nach bei einzelnen, weisheitsreichen Demokraten Gehör, und überall, wo sie befolgt wurden, wirkten sie sich zum Nutzen für die Arbeiter aus. Erst der Umsturz im Jahre 1918 brachte den Arbeitern die Gleichberechtigung, sie zogen in die Kommunalverwaltung ein und leisteten trotz der Verarmung durch den verlorenen Krieg auf dem Gebiete des kommunalen Wohlfahrts-, Gesundheits-, Wohnungs- und Wirtschaftens geradezu hervorragendes. Ohne Sozialdemokratie ist zum Beispiel das Ausbau der Wohlfahrtspflege und des Wohnungsbauens in den Städten unvorstellbar. Ihr Kampf gilt der Ausbeutung des wertvollen Menschen in jeder Form, sie glaubt nicht an die Herabwürdigung der klassenlosen Gesellschaft durch irgendwelche diktatorischen Gewaltmittel; nach der Beilegung der politischen Herrschaft führt der Weg zum sozialen Staat über die Coöperation. Nur die breiteste Anteilnahme des Volkes an unermüdlichen Kämpfen sichert uns den Erfolg. Er beginnt in der Gemeinde. Je stärker unsere Macht hier ist, um so mehr werden wir unermüdlich Kämpfe näher kommen.

Wir haben in Magdeburg-Anhalt zuerst mit 1800 Genossen und Genossinnen, die kommunalpolitisch tätig sind. Im Provinziallandtag zählt die Partei 18 Abgeordnete aus unermüdlichen Kämpfen. Von den 14 Brandenburgern zählen 7 zur Sozialdemokratie, und von den 5 Kreisvertretern des Freistaates Anhalt einer. Rund 180 Kreisratsmitglieder von 438 und 48 Kreisratsmitgliedern von 107 mußert die Partei. 403 Stadtbürgermeister von etwa 1100 und 1135 Gemeindevorsteher von 2550 bekennen sich zu uns, dazu 245 Schöffen und 94 Stadträte. In den beiden größten Städten des Regierungsbezirks stellen wir den Oberbürgermeister, dazu den zweiten Bürgermeister in Magdeburg, Burg, Bernburg und Weißenfels. Die Erbschaft der sozialdemokratischen Gewerkschaften ist dort am größten, wo die städtische Zusammenfassung aller tätigen Arbeiter durchgeführt ist. In unermüdlichen Kämpfen seit Jahrzehnten ist diesem Grundgesetz entsprechend zu handeln.

Wir verankern unsern Kampf in der Arbeiterschaft, in der Arbeiterschaft, verlassen das Wissen unserer tätigen Genossen zu erweitern und Erfahrungen auszuwerten. Die Organisierung von Fraktionen, die in die Kommunalverwaltung eintritt, sind ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit. Wir öffnen am liebsten mit Befriedigung den Weg zum zurückgelegten Weg, ein starker Willkür wird auch immer unser Ziel sein.

Den Kommünen droht durch die Beschneidung der Selbstverwaltung eine große Gefahr, das bestehende Bürgerrecht will den „Zugriff“ auf seinen Gehalt, wie es heißt, abnehmen, jede Steuererhöhung soll von der Zustimmung der Aufsichtsbehörde abhängig gemacht werden. Das bedeutet die Aufhebung des Selbstbestimmungsrechts der Bevölkerung in den Gemeinden.

Drohung der Wohlfahrtspflege, Verarmung der Bevölkerung, Kampf den Kommunalverwaltungsbehörden, so lauten die Parolen der Befürchten. Obwohl denn wir legen dem Interessententum der Befürchten die Solidarität des wertvollen Volkes entgegen, das den Wohlfahrtsstaat erleidet. Am kommenden Frühjahr werden wir die Kämpfer. Wir zweifeln nicht daran, daß das schaffende Volk dem Bürgerrecht die Qualität gibt und sozialdemokratisch macht.

Die Frauen in der Sozialdemokratischen Partei.

Von Marie Kring, M. d. R.

In der Sozialdemokratie ist die Stellung der Frau eine wesentlich andere als in den bürgerlichen Parteien. Hier gibt es keine besondere Frauenbewegung, keine besondere Frauenpolitik und keine Selbstorganisationen, sondern eine gemeinsame Organisation für Männer und Frauen, ein Programm, für dessen Verwirklichung alle Mitglieder arbeiten und letzten Endes ein Ziel, den Sozialismus. Diese gleiche Arbeit und dieses gleiche Ziel bedingen von selbst die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau. Daher die Schaffung des gleichen Wahlrechts bei Ausbruch der Revolution durch die Sozialdemokratie. Ihr Eintreten für das Frauenwahlrecht als einzige politische Partei, die heiligen Kämpfe, die sie um Erreichung desselben führte, können nicht ausgeblendet werden. Die Gleichberechtigung sollte sich in erster Linie auf das politische Recht beziehen, weil wir glauben, daß sich mit Hilfe der politischen Gleichberechtigung viele Ungerechtigkeiten des wirtschaftlichen, politischen und sozialen Lebens beseitigen lassen.

Wie die bürgerlichen Parteien den Frauen gegenübersehen, zeigt am besten die Zahl der weiblichen Abgeordneten in den Parlamenten. Bei der Wahl 1924 hat die Sozialdemokratie von 131 Abgeordneten 16 Frauen in den Reichstag entsandt, während bei den bürgerlichen Parteien von 317 Abgeordneten nur 11 Frauen gewählt wurden. Die Kommunisten haben von 46 Abgeordneten 4 Frauen. Der Reichstag zählte nach der Wahl 51 weibliche Abgeordnete; davon hatten die beiden Einheitsparteien nur 11 Frauen entsandt. Am Preussischen Landtag ist das Verhältnis ähnlich. In den Länderparlamenten und Kommunalarbeitungen für die bürgerlichen Parteien noch ungünstiger. Die Frauen selbst wehren sich gegen die Zurücksetzung und verlangen die Erhebung derer, die unter dem Namen der Arbeiterpartei mit Hilfe der großen starken Organisation (sowohl auf politischem wie auch durch das starke Anwachsen der weiblichen Erwerbstätigkeit auf wirtschaftspolitischen Gebiet viel stärker an der Gestaltung der Verhältnisse beteiligt sind).

Als im Jahre 1918 die Frauen sich in großen Scharen den bürgerlichen Parteien anschlossen, geschah es, um das nach ihrer Meinung bessere Vaterland wieder aufzubauen und in neuem Glanze die zerbrochene Monarchie wiederherzustellen. Diese Lösung ging und geht durch alle ihre Frauenvereinigungen. Als Beweis dient der Ausbruch einer ihrer Führerinnen in der „Deutschen Zeitung“

Zwangweise Steuererhöhung.

Eingreifen des Regierungspräsidenten in Kollern.

Die Mehrheit der Kollerner Stadtratsmitgliederverammlung, die schon verschiedentlich städtische Objekte veräußerte, um das Finanzlosgeld zu decken, hat in ihrer letzten Sitzung die vom Ministerium angeordnete Erhöhung der Realsteuer abgelehnt. Darauf nahm der Regierungspräsident, um den städtischen Haushalt auszugleichen, eine zwangsweise Erhöhung der Steuern vor und zwar wurden die Zuschläge für Gewerbesteuer von 825 auf 650 Prozent und die Grund- und Gebäudesteuer von 275 auf 300 Prozent mit rückwirkender Kraft ab 1. April 1927 erhöht. Die Mehrheit der Stadtratsmitgliederverammlung will aus diesem Eingriff der Aufsichtsbehörde die Konsequenzen ziehen, so daß eine Auflösung der Stadtratsmitgliederverammlung zu erwarten ist.

Abdelkrim im Exil.

A Roger Mahieu bringt in den „Daily News“ einen längeren Bericht über das Leben Abd el Krim in seinem Bergbannort St. Denis auf der französischen Insel Reunion im Indischen Ozean, wo er mit seiner beiden Frauen, seiner Mutter und seinen beiden Schwestern wohnt. Er trägt sein Schicksal mit Gleichmut, während sich eingehend dem Studium der französischen Sprache und betreibt Gartenbau mit großer Hingabe. Immer wieder aber erhebt er die Frage, wann er wohl nach Marokko zurückkehren könne. In diesem Sinne unterhält er häufig Korrespondenz mit dem französischen Generalkonsulenten in Marokko, Steeg, durch Vermittlung des französischen Gouverneurs der Insel Reunion. An den wiederholten Wunsch aus, als treuer Anhänger Frankreichs nach Marokko zurückkehren zu dürfen.

Die konsequente Wirtschaftspartei.

Durch das neue Wahlgesetz in Sachsen sind die Mitgliederzahl von 26 000 auf 30 000 stark erhöht worden. Bekanntlich ist in Sachsen die Wirtschaftspartei mit in der Regierung und zwar stellt sie den Finanzminister. Anlässlich dieser Erhöhung der Mitgliederzahl in Sachsen ist es vielleicht von Interesse, darauf hinzuweisen, daß die Wirtschaftspartei im preussischen Landtag bei der Verabschiedung des preussischen Wahlgesetzes beantragte, das Wahlrecht des preussischen Ministerpräsidenten um 10 000 Reichsmark und die Gehälter der übrigen preussischen Staatsminister um 60 000 Reichsmark zu kürzen. Durch Gegenüberstellung zeigt sich wieder einmal, wo recht die Demagogie und die Unaufrichtigkeit in der Wirtschaftspartei.

Brand nimmt keine Orden. Gelegentlich des letztländischen Nationalfeiertages wurde Brand die erste Klasse des letztländischen Ordens der Drei Sterne verliehen. Die französische Verfassung erlaubt die Annahme fremder Orden. Brand nimmt aber grundsätzlich keine an. Deshalb mußte das Ordenskapitel förmlich die Verleihung „als nicht geschehen“ erklären.

Aus der Partei.

Klare Verhältnisse.

Der Sekretär der Transportarbeiter-internationale Edo Timmer hat sich der Redaktion der von ihm gegründeten Monatschrift „Einheit“ anlässlich niedergelassen. In der letzten Nummer dieses Organs begründete Timmer seinen Austritt damit, daß er als Sekretär der Transportarbeiter-internationale zu sehr in Anspruch genommen ist und sich zum Teil im Auslande aufhält. Er habe auch dem Betrieb zu wenig Aufmerksamkeit schenken können, wodurch große Defizite entstanden seien, die er aus eigenen Mitteln habe decken müssen. Als weiterer Grund sei hinzugekommen, daß der Generalsekretär der Transportarbeiter-internationale ihn nur die Wahl gestellt habe, entweder die Schriftleitung der „Einheit“ niederzuliegen oder um seine Verabschiedung nachzuwirken. Er habe das Erstere vorgezogen, weil er der Meinung sei, daß die Arbeit, die er vorzüglich noch auf internationalem Gebiet zu verrichten habe, wichtiger sei als die Arbeit für die „Einheit“.

Am 11. Dezember 1920. Emma Blatte legte den Sinn deutsch-nationaler Frauenarbeit nach den ersten Wahlen in Deutschland, an denen sich Frauen beteiligt hatten, folgendermaßen dar: Die praktische Gleichberechtigung der weiblichen Wähler gegen die ihnen ungewollt aufzunehmende Rechte sei zu prüfen, man verzichte ausdrücklich auf Anteil an der großen Politik und überlasse es den Männern, auch weiterhin die Geschicke zu machen. Damit ist über die deutsch-nationale Frauenbewegung alles gesagt. Sie hat sich selbst ein Werturteil ausgesprochen. Demnach braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Reichsparteien politische Frauenarbeit nur noch werten als eine Herdopplung der Stimmen am Wahltag. Dies zeigt auch die Tätigkeit ihrer gewählten weiblichen Abgeordneten in den Parlamenten. Mit Ausnahmen der Frauen des Zentrums und der Demokraten nehmen diese das Wort fast ausschließlich für zu reinen Frauenfragen und Fragen der Sozialpolitik, die sie von ihrem Standpunkt aus beherrschen. An deren Fragen verpassen sie mit ihren männlichen Kollegen an Grund der Stärke des Bürgerblades nicht eine gesunde, menschliche Entwicklung den Weg. (Siehe Stellungnahme einer Frau im Reichstagsauschuss des Reichstags zur Todesstrafe.)

An den sozialdemokratischen Parlamentarierinnen und in der Partei ist ein breiter Raum für die Frauen zur Mitarbeit auf allen Gebieten auch in der großen Politik. Niemand sollte sie aus, sondern alle Kräfte können zur Entfaltung kommen. Frauenfragen sind bei uns Menschheitsfragen und werden gemeinsam von der ganzen Partei bearbeitet. Das Gebiet der Sozialpolitik wird auch in unserer Partei ganz besonders gepflegt; in der Weltbewegung sind alle Verbesserungen durch die Sozialdemokratie erzielt. Unre Arbeiterbewegung ist die größte Organisation der freien Wohlfahrtspflege in Deutschland. Sie stellt eine ganze Anzahl bewährter Kräfte für die kommunale Fürsorgearbeit, befreit Heime und Anstalten aller Art.

Unter politischem Ziel ist veranmert im Herz und Sinn der Männer und Frauen, die überzeuge Anhänger der Sozialdemokratischen Partei sind. Vom gilt unter Arbeit und unter Kampf, Eroberung der Macht im Sinne zur Verwirklichung des Sozialismus. Als der Kampf hierzu die Partei, in der die Frau als Kampfgemeinschaft und Kameradin neben dem Manne steht. Für uns hat das Diktierwort Gültigkeit: „Immer freier zum Gange. Und kannst du selbst ein Ganzes nicht werden, als dienendes Glied bleibst an ein Ganzes dich an.“

Gewerkschaftliches.

76 Tarifverträge gekündigt.

Mit dem 31. Dezember waren in sehr vielen deutschen Industrien Hunderte von Tarifen abgelaufen, über deren Erneuerung zu Beginn des neuen Jahres verhandelt werden muß. An der Metall-, Holz- und Chemischen Industrie müssen Mitte Januar und Anfang Februar neue Lohnverhandlungen geschlossen werden. 35 Tarife sind mit dem 31. Dezember gekündigt worden, 41 weitere zum 1. Februar.

Auch für das deutsche Bauwesen, für das in diesem Jahr nach langen Verhandlungen eine allgemeine Abregelung getroffen worden war, sind in den nächsten Monaten ein neuer Tarif geschlossen werden. Auch die Arbeiter der Reichspost und die Postbeamten werden in der nächsten Zeit Verhandlungen beginnen müssen.

Im Mittelpunkt stehen die Forderungen der Eisenbahner stehen, da der jetzige Tarifvertrag Ende März abläuft. Hier sind nicht nur die Löhne neu zu regeln, sondern auch die Bestimmungen über die sozialen Vergünstigungen usw., da auch dieses Abkommen zum genannten Termin unzulässig wird.

Tarifverhandlungen mit der Reichsregierung geschleiert.

Wie uns der Zentralverband der Angestellten, Gruppe Altmoritz, mitteilt, sind die Tarifverhandlungen für die Behörden Angestellten am 31. Dezember 1927 abgebrochen worden. Der Zentralverband hat gemeinshaftlich mit den übrigen beteiligten Organisationen der Reichsregierung eine Erklärung überreicht, in der es heißt, daß der Rechtsanspruch der Angestellten auf gleichmäßige Verhandlungen in der Gehaltsfrage wie bei Beamten durch die bisherigen Verhandlungen nicht erfüllt ist. Gleichzeitig ist zum Ausdruck gebracht worden, daß nimmer das Schlichtungsverfahren des Reichsarbeitsministeriums eingeleitet wird.

Ein Gewerkschaftsjubiläum.

Ueberlieferung der Generalkommission nach Berlin.

Mit dem Jahreswechsel waren es 25 Jahre, seitdem die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ihren Sitz von Hamburg nach Berlin verlegte. Dieser Umzug ist ein bedeutendes Ereignis in der Geschichte der freien Gewerkschaften. Am Anfang war Hamburg die Zentrale der Gewerkschaften. Hamburger Geist und Hamburger praktischer Sinn haben den freien Gewerkschaften die rechte Organisation gegeben; sie führten dazu, daß die zentralistische Auffassung über den Zentralismus den Sieg davontrug. Die Vertreter des Zentralismus wollten keine Parteigänger der Arbeitervereine beim Arbeitsvertrag zu vernünftigen, Reichsverbände mit starken Kräfte, gute Unterstützungsverhältnisse, eigene Arbeitsnachweise! Die Zentralisten vertreten die Auffassung, daß der Kampf um Verwirklichung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne, um Beilegung der Nacht- und Sonntagsarbeit — kurzum praktische Sozialpolitik nicht weniger Klaffenkampf sei als der von den Zentralisten fast beorgene nur politische Kampf. Solche Gewerkschaften konnten nach Lage der damaligen Betriebsverhältnisse nur unpolitische Organisationen sein.

Für den Aufbau der gewerkschaftlich organisierten freien Gewerkschaftsbewegung war die Ueberlieferung der Generalkommission nach Berlin der Reichshauptstadt ein Gebot der Notwendigkeit. Die Ueberlieferung war verbunden mit der Schaffung eines Zentralarbeitssekretariats, das nur in Berlin, am Sitz des Reichsarbeitsamtes, wirken konnte. Und so wurde mit 119 gegen 31 Stimmen die Errichtung des Zentralarbeitssekretariats und mit 104 gegen 47 Stimmen die Ueberlieferung der Generalkommission nach Berlin beschlossen. Ende des Jahres 1902 ging der Umzug konstatieren. Als neues Heim der Generalkommission wurde das zwei Jahre zuvor fertiggestellte Gewerkschaftshaus am Engelplatz erworben, das die Zentrale bis zum Infanteriejahr 1928 innehatte.

Die früheren Jahre verdienstlichen vollzieht die Ueberlieferung; denn die Tätigkeit der Generalkommission erstreckte sich immer mehr

